

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse  
"Tageblatt", Riesa

Gesetzblatt  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa

Nr. 135.

Mittwoch, 15. Juni 1898, Abends.

51. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Läden frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter des Falter. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 25 Pf. Anzeigen-Minimum für die Nummern des Ausgabedates bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewicht.

Druck und Verlag von Danner & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

## Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume finden bei der unterzeichneten Behörde  
Montag, den 20. Juni und  
Dienstag, den 21. Juni 1898  
nur unauflösliche Sachen ihre Entfernung.

Zum Standeskund werden an diesen Tagen Anzeigen über Sterbefälle Mittags von  
11 bis 12 Uhr angenommen.

Riesa, den 14. Juni 1898.

Der Rath der Stadt.

Vetter.

Othr.

## In letzter Stunde.

Die Zeit ist nunmehr gekommen, wo genug der Worte an die Wähler gerichtet sind, wo die Wähler selbst das Wort haben. Morgen, Donnerstag, muß sich an der Wahlurne erweisen, ob die Saat vaterlandsliebender Gesinnung, welche in Mahnung und Aufklärung während einer langen Reihe von Wochen unter die Wähler ausgestreut worden ist, ausgegangen oder von dem Unkraut, welches die Feinde des Vaterlandes allzuvielen unter das Volk gebracht haben, erstickt ist.

Das Vaterland steht vor einer schweren Entscheidungsstunde! Erwartungsvoll sieht es den Ergebnissen des Reichstagswahls entgegen, aber auch mit zuverlässichem Hoffen. Die alten Gegner einer kraftvollen nationalen Monarchie sind bis auf die letzten Tage mit überaus großem Eifer thätig gewesen, um durch Vorstreuungen aller Art die Wähler für sich zu gewinnen, daß die Möglichkeit einer weiteren Verstärkung ihrer Reihen im Reichstage vielleicht nicht ausgeschlossen ist. Anderseits aber stärkt das Vertrauen auf die Einsicht und den Patriotismus der Wähler auch wieder die Überzeugung, daß die finstern Pläne des Umsturzes am 16. Juni durch die Zurückweisung sozialdemokratischer Wahlkandidaten werden matt gesetzt werden. "In den Händen der Wähler ruht am Donnerstag des deutschen Reiches Geschick. In diesem Tage muß es sich entscheiden, von welchem Geiste die parlamentarische Vertretung der deutschen Nation in den nächsten fünf Jahren durchsetzt sein wird. Sorgen wir dafür, daß wir nicht lange Jahre hindurch die Entscheidungen des 16. Juni zu bereuen haben."

Noch einmal ergeht daher der Appell an alle Wähler des Bürgerthums. Wahlrecht ist zugleich Wahlpflicht. Nur unter Voraussetzung seiner allseitigen Ausübung ist das Wahlrecht einst verliehen worden. Niemand bleibe daher der Urne fern! Nur ein läufiges Bauborn, nur nicht verzweifelnd die Flinte ins Korn, werfen!

**Vorwärts, frischen Muthe auf zur Wahl!**

## Hertliches und Sächsisches.

Riesa, 15. Juni 1898.

— Vergangene Nacht gegen 11 Uhr wurde hier in der Richtung nach Strehla ein Feuerschein beobachtet. Wie wir hören, ist eine Herrn Stadtgutsbesitzer Junge in Strehla gehörige Strohställe niedergebrannt.

— Im gebroängt besetzten Saale des Wettiner Hofes stellte sich gestern Abend der Reichstagskandidat der Reformpartei, Herr Gutsbes. Göbel aus Riesig, den Wählern vor und entwickelte sein politisches Programm. Herr Kaufmann Pietzschmann eröffnete die Versammlung 1/2 Uhr mit einem Hoch auf Se. Maj. König Albert und erhielt dann Herrn Göbel das Wort. Redner bekannte, daß er auf dem Programm der deutschsozialen Reformpartei und den berechtigten Forderungen des Bundes der Landwirthe stände. Als Parteimann habe er es nicht mehr zweckmäßig gefunden, außerlich dem Bunde der Landwirthe anzugehören, obgleich er früher viel für denselben getan habe. Er habe wahrgenommen, daß der Bunde doch nicht parteilos bleibe, wie er solle und müsse, vielmehr sei der Bunde von der conservativen Partei zu Vorspanndiensten bei den Wählern benutzt worden. Im Herzen stehe er als Bauer fest wie ehedem zu den Zielen und Aufgaben des Bundes. Wenn man hätte Sammlungspolitik in unserem Kreise treiben wollen, so hätte

man seitens der Conservativen und des Bundes bei Aufstellung der Kandidatur ganz anders verfahren müssen. Die Reformer ständen auf dem Standpunkte, daß unserm Volke bei seinen Pflichten dem Staate gegenüber auch seine vertretenen Rechte bleiben müßten und das letzte Recht sei das Wahlrecht nicht. Innerhalb der Sozialdemokratie seien viele Wähler, die nicht an Kommunismus dachten, die nur ihrer Unzufriedenheit durch Abgabe des sozialdemokratischen Stimmbuches Ausdruck gaben. Redner kritisiert das Weiteren den Wahlaufruf für Sachsen. Weiter tritt Redner für Erteilung von Bildern an die Reichsbücher ein, der Landtag zahle ja auch 12 M. pro Tag. Die Landwirtschaft habe in den vergangenen Jahren eine solitime Zeit durchgemacht und das Getreide oft zum Herstellungspreis verkaufen müssen. Die Landwirthe wollten gewiß nicht unbedingt sein, aber sie wollten sich einst auch nicht sagen: "Du hast gelebt und nichts verdient." In dieser mäßlichen Lage tragen ja deßmehr die Handelsverträge des Grafen Caprivi Schuld. Für die Arbeiterschaft sei immerhin gesorgt worden, wenn es die Sozialdemokratie auch nicht anerkenne. Sie möchte beedenken, daß die Arbeitgeber auch ihre Theil dazu beitragen. Allen Erwerbsständen, dem Handwerk, den Gewerbetreibenden, den Beamten müsse das Recht zugesprochen werden, sich zusammenzuschließen, ihre Wünsche zu formulieren und denselben Geltung zu verschaffen. Auch der Arbeiterschaft wird dies kein Mensch ablehnen wollen, aber sie müsse sich auf nationalen, monarchischen und christlichen Boden stellen, nur dann sei mit ihr unter Umständen zu paktieren. Doch wenn sie das Vaterland, den Boden, wo die Mutter sie geboren, wo ihre Wiege gestanden, verleugneten und beschimpften, da sei das nicht möglich. Die deutsche Sozialdemokratie sei zu international, zu idealistisch und könne doch nicht aus Menschen Engel machen. Die österreichische Sozialdemokratie habe sich im Sprachenstreite wieder auf nationalen Standpunkt gestellt und auch die französische habe bei Deutschenbewilligungen bewiesen, daß sie nicht vaterlandlos sei. Redner legt ferner den Standpunkt der Reformpartei bei Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches dar, daß doch erst 1900 in Kraft trete und deshalb nicht in so hastiger Eile angenommen zu werden brauche. Er, Göbel, sei auch von Seiten der Mitglieder von Naturheilvereinen und Impfgegnern um Darlegung seines Standpunktes zu deren Bestrebungen angegangen worden. Er könne sich aber zur Wahrung eines gewissen Standpunktes in diesen Dingen nicht herstellen lassen. Die Wissenschaft müsse darin noch tiefer eindringen und erst noch größere Klarheit bringen, auch müsse erst ein Verstehn an einer Hochschule für die Naturheilkunde geschaffen werden. Keinesfalls aber dürfe dem Pfuscherthume Thür und Thür geöffnet werden. Auf das Institut der Reichsbank hinweisend, verlangt Redner, daß dieselbe mehr den mittleren Ständen zugänglich gemacht werden müsse. In Sachsen sei es ja nicht so schwer Credit zu erhalten, da wir Borschus- und Credit-Vereine hätten, doch liege das in andern deutschen Bundesstaaten schwieriger. Wer bei der Reichsbank Credit haben wollte, müsse sich in ziemlich guten Vermögensverhältnissen befinden. Wenn er, Göbel, es nicht leicht gefunden habe, ein Reichstagsmandat anzunehmen, so sei dies nur von dem Standpunkte aus gewesen, daß ein Volksvertreter nie einseitig sein dürfe, jedem das Seine zulassen müßt, am allerwenigsten aber etwas für sich herauszuschlagen suche. In diesem Punkte hätten die Wähler das Recht, von ihrem Abgeordneten die größte Gewissenhaftigkeit zu verlangen. Auf den letzten Paragraphen des Reformprogramms, den Judenparagraphen, hinweisend, bekannte Redner, daß die Reformer auch Antisemiten seien und den Juden etwas auf die Finger jähren. Der gegenwärtige hohe Stand der Getreide- und Brodpfennige sei ja eine Folge der Manipulationen des amerikanischen Juden Leiter, der alle Effectivware in Getreide in seine Hand gerissen habe. Diese jüdischen, nicht jedoch dem Werthe erzeugenden Großcapitäne müsse nach Kräften das Handwerk gelegt werden. Von der Landwirtschaft zurück kommend auf ihr Verhältnis

zum Bunde und zur conservativen Partei, führt der Redner aus, daß die Landwirtschaft wohl infolge conservativ sei, als sie ihre Scholle fest in Händen zu halten suchte, daß sie aber ihrem ganzen Leben und Streben nach deutsch-sozial-reformistisch sei und sein müsse. Ja, der gesammte Mittelstand müsse an der Hand des bestehenden aufbauen und an der Gründung reformierend Anteil nehmen. Nachdem sich Redner noch mit Herrn Sachse-Pietzsch entzweit und behauptet, daß derseine trotz aller Einwendungen im Löbelner Wahlkreis bez. des Fraktionsantrittes sein gegebenes Wort nicht gehalten, kommt er zum Schlusse, indem er betont, daß er wirklich mit sich zu Rate gegangen sei, daß er wisse, was er wolle. Er sei kein reicher Mann, aber auch kein armer. Gerade der Vorwurf, daß er zu zahlreicher Familienvater sei, habe ihn bestimmt, sich um das Mandat zu bewerben. Unsere Kinder gingen seiner rosigem Zeit entgegen. Da wolle er nicht das seine Kinder einmal sagten: Du hast in manchen öffentlichen Sachen etwas gehabt um Opfer gebracht. Hier hat sich die Gelegenheit auch für unsre weitere Zukunft etwas zu thun, doch Du hast es unterlassen. Redner verspricht, all sein Wissen und Können für die berichtigten Wünsche seiner Wähler einzusehen und ein gewisserhafter Volksvertreter zu sein. Lebhafter Beifall folgte der Rede. — Nach einer Pause begann die Debatte. Als Erster sprach als Sozialdemokrat ein Herr Haaf, der mit großer Lungenkrank die Sozialdemokratie als Altheil-Partei pries und dieselbe im unschuldigen Lichte darstellte, im Verlauf seiner Rede auch, gegen ein veröffentlichtes Interat demerkend, daß Herr Goldstein kein Jude sei. Nach ihm vertrat Herr Dr. Krämer den Standpunkt der conservativen Partei und wandte sich namentlich gegen die von Herrn Göbel bez. der Reformpartei geäußerte Kritik des Sachse'schen Wahlaufrufs, dieselbe als ungerechtfertigt bezeichnend, weiter legte Herr Dr. Krämer Beweisführung dagegen ein, daß die Unterschriften unter dem Sachse'schen Wahlaufruf nicht allenhalben freiwillig gegeben seien. Gern wandte er sich gegen das Referat des Herren Stadtrath Barth bez. der Wahlversammlung in Lommatzsch und nahm Herrn Sachse in Schutz gegen den Vorwurf extrem particularistischer Gesinnung. Endlich suchte Redner die hoffige Durchsetzung des neuen bürgerlichen Gesetzbuches im Reichstage zu rechtfertigen. — Bei der folgenden Entgegnung des Herrn Göbel vertrat er einen Genossen derartige Äußerungen, daß er aus dem Saale gewiesen werden müsse. Sogleich schlossen sich die übrigen Sozialdemokraten an und verliehen unter lautem Gejohle den Saal. Nach einem Schlußworte des Herrn Fabrikant Barth, in dem er aufforderte, treu zur Fahne des Mittelstandes zu halten und nach bestem Wissen und Gewissen zu wählen, schloß die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf's Vaterland.

— Das Wasser des Elbstromes ist in letzter Zeit unter dem Einfluß der trocknen hochsommerlichen Temperatur in ganz erheblichem Maße zurückgegangen, so daß die Ufer- und Corridorsdämme, die lange Zeit hindurch bisweilen gar nicht sichtbar waren, jetzt höher und höher über dem Elbstrom emporsteigen. Die Schiffe können nun natürlich nicht mehr mit voller Ladung verkehren und müssen außerdem auch noch mit mehr Vorsicht als sonst die Fahrtrinne innthalten, um nicht auf die da und dort im Strom liegenden Verkehrshindernisse zu stoßen. Trotzdem aber beginnt die Umgangs-Chronik der Hawarien sich mehr und mehr zu bereichern, wie die wiederholten Witterungsänderungen darüber zur Gewalte nachzuweisen. Geldverständlich geschieht aber gerade auf der südlichen Elbstromstrecke alles Mögliche, um etwaige Hindernisse aus dem Wege zu räumen und den Schiffen einen geschützten Weg zu führen.

— Nachdem sich durch langjährige Beobachtungen und Erfahrungen unzweifelhaft herausgestellt hat, daß das Treiben von Eisflägen, insbesondere der Gänse, auf öffentlichen Wegen für die Verdunstung der Eisflägenkälte nicht allein, sondern auch anderer Tierarten sehr nachteilige Folgen hat, hat dem Betreiber nach der landwirtschaftlichen Minister